

## AUSSPRACHE

### Neue Wirtschaftspolitik?

Gibt es wirklich eine neue Wirtschaftspolitik der Bundesregierung? Zu der Analyse der drei letzten Regierungserklärungen der Bundesregierung von Dr. *Herbert Ehrenberg* (*Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 2/1967) möchte ich bemerken:

Die Analyse des Verfassers ist darauf angelegt, den Nachweis zu führen, als seien wichtige wirtschaftspolitische Vorstellungen der SPD im Regierungsprogramm aufgenommen worden. Weiter, daß diese Vorstellungen der Schlüssel zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme seien. Ist dem so?

Erstens: Jedem Kenner der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik ist bekannt, daß nicht die CDU sich der SPD angenähert hat, sondern umgekehrt. Wirtschaftspolitisch steht die SPD, zumindest aber der jetzige Wirtschaftsminister, fest auf dem Boden der „Sozialen Marktwirtschaft“. „Soziale Marktwirtschaft“ ist aber nach dem DGB-Grundsatzprogramm nichts anderes als die Restaurierung und Entwicklung der alten kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse.

Zweitens: Der Verfasser trennt m. E. in unzulässiger Weise die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung von ihrer Gesamtpolitik. Da aber Wirtschaftspolitik immer den Interessen der Innen- und Außenpolitik untergeordnet ist, kann sie auch nur in diesem Zusammenhang beurteilt werden. Bundeskanzler *Kiesinger* und Bundesfinanzminister *Strauß* haben mehrfach diesen Zusammenhang betont.

Sie fordern die Stabilisierung und Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft, um die volle politische Handlungsfreiheit wiederherzustellen.

Drittens: Der Verfasser läßt eines der wichtigsten Probleme, nämlich den Verteidigungshaushalt, unberücksichtigt. Rüstungsproduktion und Rüstungskäufe üben aber gerade einen gravierenden Einfluß auf die Wirtschaft aus.

Diese Gesichtspunkte mitberücksichtigt, führen m. E. zu einer anderen Beurteilung der Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung.

Erstens: Die Bundesregierung bejaht die „Soziale Marktwirtschaft“ und damit die kapitalistische Wirtschaft; sie bejaht damit auch alle Widersprüche und Folgen, die dieser Wirtschaft innewohnen. Das von der Bundesregierung angewandte konjunkturpolitische Instrumentarium zielt dann auch in diese Richtung. Hier seien nur die Steuervergünstigungen für die Unternehmer einerseits, indirekte Steuererhöhungen und Abbau der Sozialleistungen für die Arbeitnehmer andererseits erwähnt. Die von der Bundesbank getroffenen Maßnahmen wurden seitens der Bundesregierung bejaht. Damit erteilte die Bundesregierung ihre Zustimmung zum Abbau der Massenkaufkraft, zur Entlassung von Arbeitnehmern und zur Verminderung des sozialen Status der Arbeitnehmer. Statt Lösungen zu finden, sollen sich hier die „spontanen Kräfte des Marktes“ wieder entfalten können. Die Schwierigkeiten werden also, wie immer in der Vergangenheit, auf dem Rücken der Arbeitnehmer gelöst.

Zweitens: Die engstirnige Politik der Hallstein-Doktrin schränkt den Spielraum der Wirtschaft für den Osthandel ein. Die engen und meist einseitigen Bindungen an die USA schaffen zusätzliche Schwierigkeiten (Röhrenembargo). Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten werden durch den Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung weiterhin belastet. Die hier getroffene Maßnahme (Einschränkung der Widerspruchsklausel im Interzonenhandel) kann keine durchgreifende Änderung bringen.

Drittens: Das Tabu des Verteidigungshaushaltes muß durchbrochen werden. Hier liegen die entscheidenden Gründe für die inflationistischen Tendenzen und den Verfall der Kaufkraft. Die Bundesregierung hat den Verteidigungshaushalt nochmals um 2 Md. DM erhöht. Vorgenommene Streichungen sollen durch den Eventualhaushalt wieder ausgeglichen werden. Nur durch den Abbau der Rüstungslasten und ihre Verlagerung in den Bereich der zivilen Produktion und Konsumtion kann der Geldwert stabilisiert werden. Die Kosten für Notstandsplanung und Durchführung der einfachen Notstandsgesetze sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Aus alledem geht hervor, daß alle Maßnahmen der neuen Bundesregierung im Grunde genommen keine neue Wirtschaftspolitik bedeuten, sondern die Fortsetzung der alten mit neuen Mitteln. Ein Musterbeispiel ist die von Wirtschaftsminister Schiller propagierte „Konzertierte Aktion“. Statt „gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung“ als Ziel der „Sozialen Marktwirtschaft“ (siehe *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Nr. 2 — S. 104) soll mit Hilfe von „Lohnleitlinien“ und „Orientierungshilfen“ der jetzige Zustand zementiert werden. Die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften, die auf eine Umverteilung des Vermögens und des Einkommens und damit auf eine gerechtere Verteilung zielt, soll eingestellt werden.

Was wären Elemente einer neuen Wirtschaftspolitik?

Abbau des Verteidigungshaushalts um 5 bis 7 Md. DM und Einsatz der Mittel für Sozialinvestitionen. Maßnahmen zur Hebung der Massenkaufkraft (Steuersenkungen u.a.m.) zur Stärkung des inneren Marktes. Unabhängige Außenhandelspolitik mit Staaten aller Systeme (soweit nicht von UN-Sanktionen betroffen), Förderung des Außenhandels durch staatliche Maßnahmen. Sicherung der Vollbeschäftigung durch planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft unter Heranziehung der Unternehmergewinne.

*Heinz Mühlhaus, Duisburg-Meiderich*

## Zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

*Heinz Mühlhaus* versucht in seinem obigen Beitrag, den Nachweis zu führen, daß die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung sich nicht von der alten unterscheidet, sondern lediglich eine „Fortsetzung der alten mit neuen Mitteln“ wäre. Zu diesem Zweck stellt Mühlhaus drei Thesen auf, die dann nochmals mit drei gesonderten „Beweisthesen“ untermauert werden. Leider kann ich seinem Beweis nicht folgen, was sich am besten anhand der von Mühlhaus selbst aufgestellten Thesen aufzeigen läßt.

Zu 1: Heinz Mühlhaus behauptet, daß „jedem Kenner der politischen Entwicklung“ bekannt sei, daß die SPD sich der CDU angenähert habe, weil sie jetzt auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft stehe. Soziale Marktwirtschaft aber sei nach dem DGB-Grundsatzprogramm „nichts anderes als die Restaurierung und Entwicklung der alten kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse“.

Ich habe aufgrund dieser Aussage das DGB-Grundsatzprogramm nochmals gründlich gelesen, Aussagen dieser Art über die Soziale Marktwirtschaft allerdings nicht gefunden.

Aber im DGB-Grundsatzprogramm werden folgende Ziele der Wirtschaftspolitik verbindlich aufgestellt:

- „1. Vollbeschäftigung und stetiges Wirtschaftswachstum.
2. Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung.
3. Stabilität des Geldwertes.
4. Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht.
5. Die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit.“

Diese fünf Ziele widersprechen den Zielen der Sozialen Marktwirtschaft in keiner Weise, sofern man unter Sozialer Marktwirtschaft nicht das versteht, was Professor *Erhard* darunter verstand. Jedem Leser der Gewerkschaftlichen Monatshefte sollte aber klar sein, wie wenig Ludwig Erhard mit der Sozialen Marktwirtschaft zu tun hatte und wie sehr er als Bundeswirtschaftsminister und als Bundeskanzler stets gegen die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft verstoßen hat. Die jetzt von Professor *Schiller* praktizierte Wirtschaftspolitik ist Soziale Marktwirtschaft im besten Sinne, unter Anwendung der Instrumente der modernen Konjunkturtheorie. Nur wer mit ideologischer Blindheit geschlagen ist, bzw. sich an zweideutigen Begriffen festhält, wird behaupten können, daß sich Schillersche Wirtschaftspolitik von der Erhardschen Nichtwirtschaftspolitik nur in Nuancen unterscheidet.

Zu 2: Selbstverständlich ist auch die Wirtschaftspolitik ein Teil der gesamten Politik. Man wird aber kaum sagen können, daß sie „den Interessen der Innen- und Außenpolitik untergeordnet ist“. Gerade in der Bundesrepublik, mit ihrem nicht sonderlich gefestigten demokratischen Bewußtsein, ist die Wirtschaftspolitik sicher nicht nachrangig zu beurteilen. Wir haben im Herbst 1966 sehr deutlich zu sehen bekommen, wie schnell bei auch nur geringem Nachlassen des Wirtschaftswachstums zahlreiche Bürger der Bundesrepublik für radikale Parolen von rechts anfällig werden. Die Wirtschaftspolitik der Außen- und Innenpolitik nachzuordnen, würde diesen Elementen sehr leicht neuen Auftrieb verschaffen.

Wenn Heinz Mühlhaus außerdem die *Hallstein-Doktrin* als Beispiel anführt, so dürfte er wirklich den Wechsel der Zeiten etwas versäumt haben. Kein ernstzunehmender Mensch spricht heute noch von der Hallstein-Doktrin, und *Willy Brandts* neue Außenpolitik ist längst darüber hinausgewachsen. Dieser in die Zukunft weisenden Politik ist mit der Erinnerung an unsere engstirnige Vergangenheit kaum gegent.

Zu 3: Natürlich üben Reserveproduktion und Reservekäufe „einen gravierenden Einfluß auf die Wirtschaft aus“, indem sie die Konsumquote einer Volkswirtschaft herab-

drücken; aber sie tun das in jedem Wirtschaftssystem, und keine Wirtschaftspolitik ist in der Lage, das zu vermeiden. Wenn die Mehrheit des Parlaments der Meinung ist, daß ein bestimmter Verteidigungsaufwand zur Sicherheit des Staates notwendig ist, so kann die Wirtschaftspolitik nur versuchen, diesen Aufwand möglichst nahtlos in die Gesamtproduktion einzubauen. Aus diesem unveränderten Verteidigungshaushalt aber darauf zu schließen, daß die Wirtschaftspolitik Karl Schillers sich nicht von der seiner Vorgänger unterscheidet, entbehrt jeder logischen Grundlage.

*Dr. Herbert Ehrenberg, Frankfurt a. M.*

### Lineare Einkommensteuersenkung als konjunkturpolitisches Instrument

Monatelang ist in der Bundesrepublik die Zahl der Arbeitslosen ständig gestiegen oder, was dieser Tatsache immanent ist, die Auslastung der Produktionskapazitäten laufend gesunken. Der Laie ist häufig der Meinung, die zurückgehende Beschäftigung habe ihre Ursache in einer allgemeinen Sättigung der Nachfrage, insbesondere nach langlebigen Gebrauchsgütern. Das trifft aber nur in sehr geringem Maße zu. Die Hauptursache der Stagnations- und heute auch schon Rezessionserscheinungen der bundesrepublikanischen Volkswirtschaft dürfte indes woanders liegen: sie liegt in dem Bemühen der „Hüterin der Währung“, wie unsere Notenbank gerne bezeichnet wird, im Rahmen der Bedingungen des „Magischen Vierecks“ (das sind Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung bei stetigem optimalen Wachstum) dem Verbraucher stabile Preise zu sichern.

Grundsätzlich kann zu diesem Ansinnen gesagt werden, daß bei dem Streben nach Zielerreichung dieser marktwirtschaftlichen Idealbedingungen *ein* Zielkomplex stets Datum sein sollte: die Vollbeschäftigung. Erst aufgrund einer vollbeschäftigten Volkswirtschaft sollte an der Verwirklichung dieser anderen Teilziele gearbeitet werden. Daß diese Konzeption bisher vernachlässigt wurde, dürfte angesichts der heutigen Situation auf der Hand liegen, da die in der Arbeitslosenstatistik nicht erfaßte Kurzarbeit zusammen mit der totalen Arbeitslosigkeit die rein theoretische Marge von 3 vH bereits weit überschritten hat. Bei den mit Akribie betriebenen Maßnahmen zur Erreichung des Zieles Preisniveaustabilität ist die Beschäftigungslage unserer Volkswirtschaft jedoch entscheidend negativ beeinflußt worden.

Um den Beschäftigungsgrad zu heben, hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der volkswirtschaftlichen Entwicklung in seinem vor kurzem veröffentlichten Zusatzgutachten

eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die hier nur erwähnt seien:

a) Beschleunigter Vollzug des zusätzlichen Investitionshaushalts des Bundes.

b) Beschleunigte Verwirklichung der in anderen öffentlichen Haushalten vorgesehenen Investitionsausgaben.

c) Die Vorbereitung eines zusätzlichen Investitionshaushalts, u. a. zur Behebung struktureller Schwächen der Wirtschaft.

d) Nutzung der Nachfrageposition der öffentlichen Hand durch Auftragsvergabe zu Vorjahrespreisen.

Als zusätzliche Maßnahme kommt nach Ansicht der Sachverständigen eine befristete lineare Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuersätze in Frage, um kurzfristig die Nachfrage auf breiter Front anzuheizen und damit die angestrebte Erhöhung des Sozialprodukts von 2 vH p. a. zu erreichen.

Dazu wäre zu sagen:

1. Wird die Einkommensteuer linear, d. h. für alle Einkommensbezieher ohne Rücksicht auf die Einkommenshöhe, gesenkt, so wird der empirisch nachweisbare Fall eintreten, daß die Einkommenszuwächse der Empfänger hoher Einkommen fast ausschließlich gespart werden. Einkommenserhöhungen, die gespart werden, können aber nicht im Sinne der Zielsetzung dieser Maßnahme sein. Eine Einkommensteuersenkung ist nur bei jenen Einkommen sinnvoll, deren Zuwächse zu einem weit aus überwiegenden Teil in den Konsum gelangen, und das können nach aller Erfahrung nur die Masseneinkommen sein. Sie tragen dazu bei, ein „marktwirtschaftliches Exiom“ zu erfüllen, wonach nur eine von den Masseneinkommen ausgehende Nachfrageerhöhung die Gewinnerwartungen der Unternehmer steigert und dadurch wiederum zur Investitionsbelebung beiträgt. Das muß um so mehr im Auge behalten werden, als eine langfristige Wirtschaftsbelebung des Staates durch autonome Investitionen trotz einer großzügigen „deficit-spending-Politik“ sehr bald auf ihre Grenzen stoßen wird. Da die Masseneinkommen auch heute noch nicht allzuweit vom Index der Lebenshaltung entfernt sind, ihre Sparquote also noch relativ gering ist, würde eine Einkommensteuersenkung bei den Masseneinkommen fast ausschließlich in den Konsum gelangen, und das ist ganz im Sinne der Ziele der Sachverständigen, die Nachfrage anzuheizen.

2. Andererseits würde eine Einkommen- und Körperschaftsteuersenkung dann nicht opportun sein, wenn die dadurch von den öffentlichen in die privaten Haushalte gelangenden Mittel gespart werden. Einmal würden dem Staat durch diese Maßnahme wertvolle Finanzen zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit durch autonome Investitionen genommen werden, zum anderen gelangen diese

Einkommenserhöhungen der privaten Haushalte dann nicht in den Konsum, wenn die Höhe der Einkommen es zuläßt, die Zuwächse zu thesaurieren, und das ist tendenziell bei jenen Einkommen der Fall, deren Höhe wesentlich über dem Durchschnittseinkommen liegt. Bleibt also zu konstatieren, daß eine Einkommensteuersenkung, die gespart wird, sowohl der Nachfragesteigerung der staatlichen wie auch der privaten Haushalte entzogen wird und somit der staatlichen Wirtschaftspolitik — trotz ihrer Möglichkeiten im Rahmen der Verschuldungspolitik — die Chance nimmt, die Nachfrage optimal anzuheizen.

3. Ein dritter Grund für meine Ablehnung einer linearen Einkommensteuersenkung liegt in den damit verbundenen ungünstigen Einflüssen auf die Vermögensverteilung, die — nach den Prinzipien der jeweils größtmöglichen Gerechtigkeit — ein Hauptanliegen moderner Wirtschaftspolitik sein sollte. Denn, sollte eine lineare Einkommensteuersenkung tatsächlich zu einer spürbaren Steigerung der Nachfrage führen, dann werden die den Unternehmereinkommen zufließenden Zuwächse sofort — vorausgesetzt die vorhandenen Kapazitäten sind bereits ausgelastet und die Gewinnerwartungen bestehen weiter — zu erhöhten Selbstfinanzierungsraten der Unternehmungen führen und, noch verstärkt durch Sonderabschreibungen, die residualbestimmten Einkommen auf lange Sicht über Gebühr erhöhen. Das würde aber wieder ganz im Sinne einer finanzpolitischen Autarkie der Unternehmungen bei der Durchführung von Investitionen wirken, und das sollte als Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik — wenn es jemals auch nur teilweise Berechtigung hatte, nämlich in der Wiederaufbauzeit nach dem Nazibankrott — endgültig der Vergangenheit angehören. Eine größere Abhängigkeit der Unternehmungen vom Kapitalmarkt sollte darüber hinaus das Ziel jeder wirkungsvollen Ablaufpolitik sein.

Ich glaube, daß aus den angeführten Gründen einer linearen Einkommensteuersenkung nicht zugestimmt werden kann. In einer Wirtschaftssituation, wie sie uns die Gegenwart vor Augen führt, kann die Konjunktur nur angeregt werden, wenn die vorwiegend konsumorientierten Masseneinkommensbezieher durch Steuersenkungen bedacht werden. Erst wenn die damit erreichte Nachfragesteigerung eine Auslastung der bereits vorhandenen Produktionskapazitäten gewährleistet, ist eine Investitionsförderung in dem von den Sachverständigen erwähnten Rahmen zu befürworten.

Eine Erhöhung der Masseneinkommen (über die Zäsur, bis zu welcher Einkommenshöhe eine Senkung der Einkommensteuer im Sinne ihrer Zielsetzung wirken könnte, wird man sicherlich unterschiedlicher Meinung sein; sie

dürfte jedoch auch bei großzügiger Einschätzung die durch das Quellenabzugsverfahren festgelegte Grenze nicht überschreiten) steigert Nachfrage und Konsum, weckt die im marktwirtschaftlichen System unerläßlichen Gewinnerwartungen der Unternehmer, führt dadurch — nach Ausschöpfung der Produktionskapazitäten — zu Investitionen und führt so zum wirtschaftlichen Wachstum, indem sie durch eine damit verbundene Erhöhung des Volkseinkommens diesen Kreislauf schließt.

*Heinrich Aumeier, Sulzbach-Rosenberg*

## Bekämpfung des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik

Die Wahlerfolge der NPD in Hessen und Bayern rechtfertigen allein noch nicht die Aufmerksamkeit, die diese neue Partei findet; von ihren rechtsradikalen Vorgängern ist schließlich die DRP sogar im Bundestag vertreten gewesen, und 1951 erhielt die Sozialistische Reichspartei bei den Landtagswahlen in Niedersachsen fast 11 vH der Stimmen. Aber wie das Aufflackern einer Krankheit beunruhigt, so das Wiederaufleben von Parolen, deren Substanz im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Anziehungskraft steht. Die Sorge um das Gemeinwesen gebietet, daß man in dem Erstarken der NPD einen Gefahrenherd erkennt und sich damit auseinandersetzt.

Soweit besteht wohl Übereinstimmung bei den großen Parteien und den Gewerkschaften. Zu erörtern ist aber, wie diese Auseinandersetzung vor sich gehen soll. Die NPD verbieten? Das wäre am einfachsten und bequemsten. Sobald die sachlichen Voraussetzungen für ein Verbot gegeben sind, muß es ohne Zögern ausgesprochen werden; genauso wie ein Missetäter erst einmal dingfest gemacht werden muß, ehe an seine Resozialisierung gedacht werden kann. Aber gegenüber dieser vergleichsweise mechanischen Methode der Bekämpfung sollte in einer Demokratie die geistige Auseinandersetzung den Vorrang haben, solange und soweit sie möglich ist.

Vom gleichen Standort aus bin ich der Meinung, daß Wahlrechtsänderungen keine zu begrüßende Maßnahme darstellen, ganz abgesehen von dem Risiko, das *Dieter Ruhr* (Heft 3/67) mit erfreulicher Nüchternheit skizziert hat.

Freilich darf man die Schwierigkeiten einer Diskussion mit einem Gegner nicht gering veranschlagen, bei dem offensichtlich nicht vernünftige Sachlichkeit vorherrscht. Die rein voluntaristisch-emotionale Wahlkampfparole: „Wir setzen uns durch!“ enthüllt das; wer so „argumentiert“, ist nicht sehr bereit, zuzuhören. Wer emotional engagiert ist, gewinnt nicht seine Meinung aus sachbezogenen Überlegungen; sein Standpunkt ist nicht das Er-

gebnis einer logischen und an präzisen Tatbeständen orientierten Gedankenreihe, sondern umgekehrt: er sucht wahllos Argumente, um seine vorgefaßte Meinung, sein „Vor“-Urteil, zu rechtfertigen. Die wie Schlagzeilen eines Plakates sich ausnehmenden programmatischen Äußerungen der NPD verraten jedenfalls in ihrer verschwommenen Formulierung den Mangel an genauen Vorstellungen.

Größere Veranstaltungen sind kaum geeignet für eine Diskussion. Sie haben von vornherein mehr „Kundgebungscharakter“ und sprechen Gefühl und Willen eher an als den kühlen Verstand. Darum sollte die Auseinandersetzung in kleineren Gremien gesucht werden. Die Untersuchungen, die Professor *Scheuch* nach den Hessen- und Bayernwahlen vorgenommen hat, haben ergeben, daß von 100 Befragten mit Abitur und Hochschulbildung 22 vH NPD-Anhänger sind, gegen 8 vH bei ehemaligen Volksschülern. Von der geistigen Schulung jener meinungsbildenden Schicht kann erwartet werden, daß sie sich nicht von vornherein einer sachlichen Betrachtung verschließt. Es muß jedenfalls versucht werden, zu konkreten Fragen vorzudringen. Nur ein paar Beispiele:

*Was soll unter Selbstbestimmung im angestammten Lebensraum verstanden werden? Wie weit will die NPD in der Geschichte zurückgehen, um die „angestammte“ Heimat zu definieren? Der Besitzstand aus welchem Jahrhundert ist gemeint? — „Verzichtserklärungen auf deutsches Land sind Landesverrat“; wie ist das etwa mit Elsaß-Lothringen?*

*Wenn in einer Wahlkampfbroschüre der NPD die Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik je Kopf ihrer Bevölkerung mit 114,40 DM statt 13,92 DM angegeben werden — wo bleibt da die so lautstark geforderte Sauberkeit?*

*Wenn gegen die „immer mehr um sich greifende Korruption“ gewettert wird: Kampf gegen Verbrechen ist wahrlich eine simple Selbstverständlichkeit, aber keine Gesellschaft und keine Partei ist vor Verbrechen geschützt, auch nicht die NPD, wie der Fall des Dinslaker Räubers, des NPD-Chefs Hoffmann, gezeigt hat. Die NPD fordert „einen sauberen, geordneten Staat“ — was heißt das im einzelnen?*

Dieter Kuhr weiß, daß Selbständige, Freie Berufe, Beamte weit über ihren Anteil an der Bevölkerung NPD-Anhänger sind. Deswegen vermisse ich in seiner Darstellung der Gegenmaßnahmen Überlegungen zu diesem Phänomen. *Helmut Lindemann* (Heft 3/67) meint, der Protest junger Mitbürger könne gegenwärtig nur in der Stimmabgabe für die FDP oder für die NPD politischen Ausdruck finden. Das ist jedoch rein formell gesehen. Es wäre schrecklich, wenn die großen demokratischen Parteien nicht die Kraft und den Willen hät-

ten, ihre Reihen weit zu öffnen für die freie Diskussion, und so gerade auch der Jugend eine politische Heimat zu bieten, wo sie am politischen Geschehen und der politischen Meinungsbildung teilnehmen kann. Hier besteht eine immerwährende Aufgabe, die gar nicht ernst genug genommen werden kann.

Vor allem anderen ist aber letztlich entscheidend, daß in Deutschland eine entschlossene und tatkräftige Politik nicht nur gemacht, sondern auch verständlich gemacht wird, und daß Regierung und Parlament sich nicht scheuen, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen.

*Erich F. W. Altwein, Bad Homburg*

## „Die nationale Faust im Nacken“

### I.

Wieviel ist seit den ersten Wahlerfolgen der neonazistischen NPD orakelt worden! Offizielle der Politik unterschätzen oder verniedlichen die jetzt deutlich gewordene Gefahr neuer Faschisierung; manche wollen damit auf die unbedingte Festigkeit unserer demokratischen Verhältnisse hinweisen und lähmen so den Abwehrwillen großer Teile der Bevölkerung; andere simplifizieren diese Gefahr bewußt. Was man allerdings von der Bemerkung des Mülheimer Bundestagsabgeordneten zu halten hat, der die Gefahr von rechts nach der NRZ vom 20. März 1967 wie folgt negierte: „Es gibt noch Ecken in Deutschland, da wird der Mond abends noch an der Latte hochgezogen. Da können wir nichts ändern“ (!), das weiß ich beim besten Willen nicht. Die NPD als ein Problem der „Naturwurzelhaftigkeit“, des „Hinterwäldlertums“, des „Bayerischen Waldes“ (nach der NRZ) oder der bloßen allseitigen „Zurückgebliebenheit“ gewisser Bevölkerungsteile hinzustellen, ist schon eine Rarität, wenn auch eine falsche und sehr gefährliche. Innenminister *Lücke* ist da schon — wie von ihm nicht anders zu erwarten — prägnanter. „Man müsse mit den Ursachen fertig werden“, sagt er zu diesem Problem.

Welches aber sind die Ursachen, die zu den erschreckenden Erfolgen der NPD führten? Sind es wesentlich ökonomische, oder gibt es auch außerökonomische?

*Dieter Kuhr* schreibt in seinem guten Artikel in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ Nr. 3, S. 156: „Bei mangelnder Einsicht in die objektive Eigendynamik kapitalistischer Prozesse — verschärfter Konkurrenzkampf, verstärkte Akkumulation und Konzentration (die über den eigenen Wirtschaftsraum hinausgeht) im Zuge der Automatisierung und in Verbindung mit einer Stagnation wirtschaftlichen Wachstums oder gar mit negativem Wachstum — genügen

schon leichte Erschütterungen, um eine rechtsradikale Potenz zu formieren.“

Zweifellos gibt es solche „leichten“ Erschütterungen auch in anderen Ländern, wie England, USA und Frankreich. Aber dort formiert sich die rechtsradikale Potenz nicht mit solchen Ergebnissen, nicht mit einer solchen Gefahr, wie das bei uns in der Bundesrepublik nach wiederholten Mißerfolgen jetzt geschieht. Es müssen noch andere Faktoren eine Rolle spielen, die es der „rechtsradikalen Potenz“ bei uns ermöglichen, so erfolgreich Comeback zu feiern — Faktoren, die bei den Rezessionen 1952/1953 und 1958 noch nicht so ausgeprägt vorhanden waren.

Jedem gewissenhaften Beobachter fällt doch der auch ohne NPD fabrizierte üble Nationalismus auf, der seit langem bei uns von konservativen Politikern bestimmter Parteien, von einflußreichen Politikern dieser Parteien, darunter auch Männern an den Schalthebeln der Macht, praktiziert wird.

Man nehme die Tatsache des fast 20jährigen Versuchs, „die Wiedervereinigung durch Aufrüstung zu erreichen“, was sich als illusionär erwiesen habe, wie *Eugen Gerstenmeier* erklärte (NRZ vom 14. Juli 1966). Aber dieser Illusion wurde gefrönt und damit notwendigerweise, um den Menschen die Notwendigkeit der Aufrüstung schmackhaft zu machen, das Gespenst des Kommunismus an die Wand gemalt. Die Länder des Ostens, besonders die UdSSR, wurden hier als Aggressoren hingestellt. Innenpolitisch führte dieser Antikommunismus u. a. zum Verbot der KPD. Diese Außenpolitik des „kalten Krieges“ ist gescheitert, aber sie ist bis heute noch nicht überwunden. Das zeigen der nach wie vor aufrechterhaltene Alleinvertretungsanspruch, die Oder-Neiße-Linie usw. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, welches Geschrei Heimatverbände und konservative Politiker zur Denkschrift der evangelischen Kirche entfesselt hatten. Man entsinne sich weiter, wie man den FDP-Politiker *Rubin* nicht nur in seiner Partei, sondern auch von seiten anderer „demokratischer“ Kräfte anfeindete. Was drohte man diesen „Verzichtspolitikern“ nicht alles an!

Antikommunismus und Gebietsforderungen waren während des Dritten Reiches Mittel der Kriegsvorbereitung. Überhaupt: Wer den Antikommunismus als Mittel der Politik benutzt, treibt damit Nationalismus. Geschieht das etwa nur von den neuen oder alten Nazis in der NPD? Es gibt noch genügend Unverbesserliche in anderen Parteien. Wo liegt der Unterschied zwischen konservativen Kräften jener Parteien und der Politik der NPD? Es ist offensichtlich nur ihre jetzige Parteizugehörigkeit, die sie unterscheidet.

Warum gehen bekannte Politiker, die sich weigern, mit Vertretern der DDR politische

Gespräche zu führen mit der Begründung, daß diese nicht vom Volke legitimiert seien, wiederholt nach Spanien, um dort mit dem Henker der spanischen . Demokratie zu verhandeln? Armes Abendland, wenn dieses Regime in Spanien auserkoren ist, zu seiner Verteidigung beizutragen! Jeder weiß doch, daß seit Ende des Bürgerkrieges in Spanien, während welchem *Franco* von *Hitler* und *Mussolini* unterstützt wurde, keine freie Wahlen stattfanden. Wieso ist *Franco* doch legitimiert?

„Obgleich ich nicht mit allen Erscheinungsformen der Apartheid-Politik übereinstimme, ist diese jedoch, vom Blickwinkel der südafrikanischen Regierung aus gesehen, als positives Programm anzusehen“, erklärte *F. J. Strauß* nach der NRZ vom 4. Mai 1966. Der damalige CSU-Vorsitzende und heutige Bundesminister hat nach dieser Meldung weiter erklärt, als „starker Eckpfosten der westlichen Welt“ könne Südafrika in seiner politischen Struktur sogar zu einem Modellbeispiel für die gesamte Welt werden! Wird hier nicht der Rassismus unterstützt? Wieso wundert man sich über den Antisemitismus bei uns?

„Nach 20 Jahren Wiedergutmachung und Sühne sollten uns Deutschen endlich dieselben Rechte zugestanden werden, wie sie jedes andere Volk mit Fug und Recht beansprucht“, erklärte ebenfalls *F. J. Strauß* nach der NRZ vom 6. März 1967. Könnte das nicht auch in der *National- und Soldatenzeitung* gestanden haben?

*Franco*-Spanien, das Apartheid-Regime, die *Ky-Marionetten* werden offen unterstützt, ebenso wie die USA in Vietnam.

Im Innern der Bundesrepublik ist die Vergangenheit unbewältigt geblieben. Über *Hitler*, seine Hintermänner und die mit dem Dritten Reich zusammenhängenden Probleme werden Legenden verbreitet; man spricht heute schon wieder von Dolchstößen. In Tausenden und Abertausenden von Exemplaren werden Zeitungen, Comics und Bücher in übelstem Nationalismus fabriziert und ohne Hindernisse verkauft. Notstandsgesetze, die bei Annahme und Anwendung eine legale Diktatur gewisser Parteien und Kräfte in Bonn ermöglichen (ohne NPD), müssen sich gegen die Gewerkschaften richten, gegen die Arbeitnehmerorganisationen; daran ändert auch der neue Vorschlag des Bundesinnenministers nichts.

Man studiere nur die Fragen über die „formierte Gesellschaft“ und die Reden, die dazu gehalten wurden. Auch hier spielen Termini wie „Gemeinnutz“, „Volkswohl“ usw. eine Rolle. Man sieht also, daß auch auf diesem Gebiet die Rechtsradikalen nicht alleinstehen. So sollen „die Kleinen fertiggemacht werden“, „... sie befehlen und wir ...“, „... dieser Vertrag ist eine Unverschämtheit“, so die *Bild-Zeitung* vom 20. Februar 1967 zum

Atomwaffensperrvertrag oder vom 13. Februar 1967: „Wir wollen kein Volk von Bettlern werden.“

Es gibt auch Männer, die deutlich erkennen, um was es geht, und die den Mut haben, Tatbestände aufzudecken. So *Jens Feddersen* in der NRZ vom 22. Februar 1967 zum Thema „Die neue Legende“: „In diesen Tagen entsteht eine neue Dolchstoßlegende: Wenn die Bundesrepublik den atomaren Sperrvertrag unterzeichnet, dann unterschreibt sie ihr eigenes Todesurteil“ (das sagte *Konrad Adenauer* ausgerechnet in Spanien). „*F. J. Strauß* sprach von ‚Verrat‘ und drohte mit Rücktritt. . .“ „Appelle an nationalistische Instinkte machten Schlagzeilen: ‚Ein neues Versailler Diktat‘, eine ‚Vergewaltigung der deutschen Industrie‘, ein ‚Morgenthau-Plan im Quadrat‘, welche düstere Perspektiven . . .“ „Etliche Zeitungen spielten auf dem Klavier der primitivsten Instinkte. *Bild* und *Nationalzeitung* Hand in Hand, ein ungewolltes Zusammenspiel, doch typisch für den Trend so mancher Demokraten, die NPD von rechts überholen zu wollen“; soweit *Jens Feddersen*.

Daß die NPD sich heute vermehren kann, liegt an der seit vielen Jahren verfolgten Politik des „kalten Krieges“. Diese Zusammenhänge dürfen keinesfalls übersehen werden. Diese offensichtlich gescheiterte Politik spielte einen neuen Nationalismus hoch. Diese Tatsache vollzog sich auf dem Boden einer gewaltigen Konzentration ökonomischer Macht. Unsere auf Privateigentum stehende Wirtschaft ist die letzte Ursache des Faschismus, der die Diktatur der reaktionärsten Vertreter der Großbourgeoisie bedeutet.

Der Neofaschismus kann gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Masse der Bevölkerung auch in einer echten Wirtschaftskrise nicht hochkommen. Schon gar nicht, wenn auch gegen die ideellen Voraussetzungen, die den Faschismus emporschießen lassen, Front gemacht wird. Das heißt, daß man den „kalten Krieg“ beendet, den Antikommunismus beendet, die Gebietsforderungen aufgibt, den Alleinvertretungsanspruch zu den Akten legt usw., die Organisationen, die diese Politik lautstark unterstützen, auf eine demokratische Basis zurückdrängt oder ihnen als antidemokratisch oder nationalistisch keinerlei Unterstützung mehr gewährt. Dazu gehört weiter die Aufgabe der verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung, qualifizierte Mitbestimmung für die Gewerkschaften, echte Verhältniswahlen usw. Nur in diesem Zusammenhang hätte auch ein unmittelbares Verbot der neofaschistischen NPD den Erfolg, den diejenigen, die ein Verbot fordern, sich versprechen.

Man sieht also, es ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, das der NPD zum Erfolg verhalf. *Willy Anheyer, Mülheim-Ruhr*

## II.

Sicher ist es richtig, den Beschluß des DGB und der DAG, „daß die Zugehörigkeit zur NPD unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft bei den... Gewerkschaften“ durchzuführen. Aber dazu muß man wissen, wer NPD-Mitglied ist, und das weiß man keineswegs immer! Außerdem haben wir 1933 die Erfahrung gemacht, daß viele NSDAP-Mitglieder erst *nach* dem Sieg „ihrer“ Partei das Mitgliedsbuch auf den Tisch legten und Ansprüche erhoben!

Viel wichtiger scheint mir zu sein, daß die Gewerkschaften und ihre Funktionäre sich in den Betrieben und Verwaltungen so verhalten, wie es die gutwilligen Demokraten erwarten zu dürfen meinen. Sie alle sind doch einst zum Kampf um soziale Gerechtigkeit und mit der Forderung „Gleiche Chancen für alle“ usw. angetreten. Leider muß konstatiert werden, daß manche Funktionäre im alltäglichen Wirken nach gänzlich anderen „Schlachtrufen“ handeln und — unklugerweise — auch noch lauthals verkünden, daß sie es tun! Das schafft Unzufriedenheit, Neid, Verbitterung und eine für die Demokratisierung sehr abträgliche Resignation. Für aktive Menschen ist dann — zwar in völliger Verkennung der wirklichen Ziele — der Schritt zur NPD — vielleicht zuerst „nur“ als Wähler — das nächste!

Darüber hinaus muß Schule und Berufsschule mehr für die staatsbürgerliche Bildung unserer jungen Mitbürger tun als bisher. Wenn z. B. bei der Prüfung von Bürogehilfinnen in Berlin ein 19jähriges Mädchen im Fach „Gemeinschaftskunde“ die Frage (kurz nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus März 1967 gestellt), was SPD, CDU, FDP heiße, mit „ich weiß nicht“ beantwortet, obwohl zahlreiche Werbetafeln und Plakate, überall im Stadtgebiet aufgestellt, das wochenlang verkündeten, wird's bedenklich. Dasselbe Mädchen nannte als Einwohnerzahl seiner Heimatstadt Berlin eine Million, der Bundesrepublik 200 Millionen! Die Prüfung bestand sie trotzdem!

Ausnahme? Die geringe Bereitwilligkeit, sich in politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen aktiv zu betätigen, beruht doch auf einer häufig anzutreffenden, gefühlsmäßig begründeten Abneigung gegen jedes Risiko, aber auch in dem als „unanständig“ empfundenen Opportunismus einiger Funktionsträger.

Sicherung unserer staatlichen Demokratie ist m. E. auf die Dauer nur dann erfolgversprechend, wenn wir nicht aufhören, die Grundforderungen der „totalen“ Demokratie tagtäglich zu erfüllen uns bemühen. Und den Mut haben einzuschreiten, wenn es daran fehlt! *Fritz Bauer* hat einen Vortrag vor jungen Menschen mal unter das Thema „Habt ein besseres Gedächtnis!“ gestellt. Ich meine, das sollte ein Mahnruf für *junge und ältere* Kollegen sein!  
*Rudolf Suter, Berlin*